

Kurznachrichten der Deutschen Weltallianz (DWA)

Prag Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann hat bei seinem sommerlichen Prager Staatsbesuch freilich die Thematik der Vertreibung von über drei Millionen Sudetendeutschen nicht angesprochen. Im Vordergrund standen bei der Unterredung mit seinem tschechischen Amtskollegen Bohuslav Sobotka EU-politische Themen wie die Regionalpolitik. Altlasten wie die Beneš-Dekrete und die Enteignung der Sudetendeutschen scheinen Faymann nicht zu interessieren. Anscheinend setzt sich die Devise der Tschechen durch, die lautet: Reden wir über die Zukunft und beschäftigen wir uns nicht mit Fragen aus der Vergangenheit!

Linz Auch für Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer scheint das sudetendeutsche Thema keinen hohen Stellenwert mehr zu haben. Pühringer war im August in Prag, wo er u.a. Tschechiens Staatspräsidenten Milos Zeman traf. Freilich soll auch, so heißt es aus dem Büro Pühringers, über die Beneš-Dekrete gesprochen worden sein. Was aber im Reisegepäck mit nach Hause genommen wurde, ist ziemlich dürftig: Pühringer verweist auf das gemeinsame Geschichtsbuch, das österreichische und tschechische Historiker in einem Gemeinschaftsprojekt erarbeiten sollen.

Preßburg Im August gedachte die Slowakei des Slowakischen Nationalaufstandes vom August 1944. Der Aufstand richtete sich gegen das Regime unter Staatspräsident Josef Tiso. Die Slowakei galt als wichtiger Satellitenstaat des Dritten Reichs. Was oft verschwiegen wird, ist die Tatsache, daß es während des Aufstandes zu pogromartigen Ausschreitungen gegen die karpatendeutsche Zivilbevölkerung kam. Die Anzahl der Opfer in den damaligen deutschen Ortschaften macht das deutlich. Glaserhau 187, Rosenberg 146, Hochwies und Paulisch 83 sowie 69 aus Kuneschau.

Schlesien In Polen scheint man geistig immer noch nicht in Europa angekommen zu sein. Während allorts Volksgruppen und deren Sprachen, Kulturen und nationale Eigenheiten gefördert werden, will man in Warschau von der Existenz einer schlesischen Nationalität nichts wissen. Das Bezirksgericht im schlesischen Oppeln forderte erst unlängst den „Verband der Menschen schlesischer Nationalität“ auf, ihre Statuten dahingehend zu ändern, daß jeder Hinweis

auf die Existenz einer solchen Nationalität zu streichen sei. Andernfalls drohe dem Verband die Streichung aus dem Landesgerichtsregister, das für die Vereine zuständig ist. Das Groteske an dieser Sache ist: Bei der Volkszählung 2011 gaben über 800.000 Personen entweder nur Schlesisch oder Polnisch-Schlesisch als Nationalität an.

Kronstadt Die deutsche Berufsschule in Kronstadt entließ ihren ersten Jahrgang. Insgesamt 104 Schüler nutzten das duale deutsche Ausbildungssystem, um als hochqualifizierte Arbeitskräfte ins Berufsleben einzusteigen. Das Projekt wird von der deutschen Botschaft in Bukarest unterstützt. Achim Tröster beglückwünschte als ständiger Vertreter der deutschen Botschaft die Absolventen und bezeichnete sie in seiner Ansprache als Botschafter des deutschen dualen Ausbildungssystems in Kronstadt. Es bleibt zu hoffen, daß die jungen Menschen ihre schulischen Erfahrungen in der Region Kronstadt nutzen können und nicht wieder sofort ins EU-Ausland abwandern.

Berlin Ende August wurde in der deutschen Hauptstadt die „Konferenz zum Westlichen Balkan“ abgehalten. Dabei wurde seitens der EU und der Westbalkanländer Albanien, Bosnien, Kosovo, Kroatien, Slowenien, Montenegro, Mazedonien und Serbien der Wille zum Ausbau der gegenseitigen Beziehungen bekundet. Deutschland erklärte, daß die EU-Integration aller Westbalkanländer ein längerfristiges Ziel Brüssels darstelle. Vorerst müßten aber erst die Grundlagen wie der Ausbau der Demokratie, eine klare Gewaltentrennung und die Stärkung der nationalen Volkswirtschaften geschaffen werden, was wohl noch Jahrzehnte beanspruchen werde.

USA In den USA gibt es keine gesetzlich festgelegte Amtssprache. Die meistgesprochene Sprache in den USA ist das amerikanische Englisch, gefolgt von Spanisch. Englisch ist derzeit die offizielle Sprache in 27 der 50 Bundesstaaten der USA. Alle anderen Staaten haben keine offizielle Sprache, außer Hawaii, wo Englisch und Hawaiianisch die beiden offiziellen Sprachen sind. Aber an dritter Stelle kommt in vielen Staaten im Norden und Osten sowie im Landesinnern schon Deutsch als häufigste gesprochene Sprache. Das geht aus dem US-amerikanischen Zensus hervor.

Hermannstadt Die Metropole der Siebenbürger Sachsen ist der Ausgangspunkt für eine interessante Pilgerreise. Unter dem Titel „Glauben und Gedenken. Kirche unterwegs – 70 Jahre seit Evakuierung und Deportation“ möchte die Evangelische Kirche in Rumänien die Wege der Flucht der Sachsen aus Nordsiebenbürgen nachzeichnen. Flucht, Aussiedlung, Familienzusammenführungen und die Integration in den neuen Heimatländern bilden den Kern dieses von der EU geförderten Projekts. Begleitet wird diese Pilgerreise von zahlreichen Parallelveranstaltungen zu Kultur, Religion und Tradition der Siebenbürger Sachsen.

Wien In der Donaumetropole, die seit letztem Jahr auch zur zweitgrößten Stadt im deutschsprachigen Raum herangewachsen ist, rüsten verunsicherte Bürger auf. Schlagzeilen machte zuletzt eine Wiener Trafikantin aus dem 15. Bezirk, wo der Anteil der Migranten in manchen Straßen und Gassen schon die Mehrheit darstellt. Die Trafikantin bedient ihre Kundschaft mit einer deutlich sichtbaren, schießbereiten Waffe. Es handelt sich um eine Glock 17, wie sie die österreichische Polizei besitzt. In Wien gibt es immer mehr Geschäftsinhaber und Privatpersonen mit registrierten Schusswaffen. Derzeit sind es mehr als 85.000. Die Trafikantin meint jedenfalls, daß sie durch die zunehmende Kriminalität auf den Ernstfall vorbereitet sein möchte. In Wien werden regelmäßige Geschäfte überfallen.

Kirgisistan Ende August fand die 9. Sitzung der „Deutsch-Kirgisischen Regierungskommission“ statt. Geleitet wurde sie von Hartmut Koschyk als Beauftragtem der deutschen Bundesregierung für nationale Minderheiten und Spätaussiedlerfragen. Im Zentrum der Sitzung standen Zukunftsperspektiven für die rund 10.000 Deutschen in Kirgisistan. Dazu gehörte neben einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Perspektive auch die Frage der kulturellen Identität der deutschen Volksgruppe. Deutlich abgenommen hat die Zahl der deutschen Spätaussiedler. Übersiedelten 2001 noch rund 2000, waren es 2013 nur mehr 59.

Eupen Karl-Heinz Lambert hat im Sommer das Amt des Präsidenten des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien übernommen. Zuvor war Lambert als Minister für lokale Behörden in der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig. Die DWA wünscht viel Erfolg bei der neuen Arbeit.